

zum Landkreis Regen gehörenden Teil des Nationalparks Bayerischer Wald wurden 2013 zwanzig Schweine geschossen, von denen 13 eine Belastung von über 10.000 Bq/kg aufwiesen.

Der Jagdverband erhält seine Daten von bayernweit über 100 Messstationen, bei denen Rummel die Ergebnisse abfragte. Was die Nichtveröffentlichung der Messergebnisse angeht, betreiben BJV und der Freistaat „klassisches Ping Pong“, beschreibt proplanta: Der Verband übermittle seine Ergebnisse zwar an das Umweltministerium, doch publiziert werden diese nicht. Für eine Veröffentlichung durch bayerische Behörden gebe es keine Rechtsgrundlage, wird

dazu ein Ministeriumssprecher zitiert. Die Behörden veröffentlichten lediglich die Ergebnisse staatlicher Stichproben.

Der BJV wiederum argumentiert, die Veröffentlichung sei Behördensache. „Für wissenschaftliche Zwecke werden die Daten verfügbar gemacht. An Private gibt der BJV keine Messdaten weiter“, erklärte demnach eine Sprecherin. Lediglich die Käufer eines Wildschweinbratens würden die Werte des betreffenden Tieres erhalten.

Wie das Informationszentrum proplanta weiter mitteilt, hatte der BJV im Dezember 2014 die Betreiber der Messstellen ausdrücklich angewiesen, die Radioaktivitätsdaten auch auf

Anfrage nicht zu nennen. „Aus gegebenem Anlass“ habe Hauptgeschäftsführer Joachim Reddemann am 15. Dezember 2014 alle Messgerätebetreiber aufgefordert, auf das Landesamt für Umwelt zu verweisen. Der BJV-Spitzenfunktionär erklärte: „Der BJV möchte mit dieser Maßnahme verhindern, dass aufgrund einzelner hoher Werte, die an die Öffentlichkeit gelangen, in den Medien eine tendenziöse Berichterstattung zum Schaden der Jägerschaft erfolgt.“

Der BJV ist auch auf Distanz zu Helmut Rummel gegangen. Nachdem er sich im März 2015 an das „Garmischer Tagblatt“ gewandt hatte, schrieb ihm der örtliche Kreisgruppenchef: „Aufgrund

Ihrer Veröffentlichungen halte ich für unwahrscheinlich, dass Sie von unseren Jägern weiter kontaktiert werden zur Durchführung von Messungen“.

Der Jagdverband betont nun: „Wir wollen nicht verhindern, dass Messwerte bekannt werden, aber wir wollen verhindern, dass der pauschale und falsche Eindruck entsteht, alles Wildbret sei „verstrahlt“ und die Jäger seien an Messungen nicht interessiert.“ Die Garmischer Kreisgruppe habe Rummel „das Vertrauen entzogen“.

www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Umwelt/Geheimnisum-verstrahlte-Wildschweine_article142934863_4.html ●

Katastrophenplanung

Der Forschungsreaktor in Berlin-Wannsee wird illegal betrieben

Droht ein weiteres Tschernobyl in Berlin und Potsdam?

Von Dietrich Antelmann*

Von Anfang an ist die vom Helmholtz Zentrum Berlin (HZB) in Berlin-Wannsee mit einem Atomreaktor betriebene Forschung nicht sicher gewesen. So musste der erste Experimentierreaktor (BER I) nach dem Kritischwerden am 24. Juli 1958 im Januar 1959 abgeschaltet werden, weil das Reaktorgebäude selbst noch gar nicht fertiggestellt war und ein Alarmplan nicht existierte. Im Mai 1971 geriet der BER I durch eine „unkontrollierbare Gasrekombination“ (Knallgasexplosion) und Wasserkondensation außer Kontrolle. Dass es nicht zu einer Katastrophe kam, war dem vergleichsweise kleinen Kern zu verdanken. Die vom verunglückten Reaktor übriggebliebenen radioaktiven festen Teil-

le liegen vergraben im Erdreich des Forschungsgeländes. Nachzulesen ist das in der alternativen Broschüre zum damals als Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung bezeichneten HZB, die in die Wissenssammlung des Anti-Atom-Bündnisses in Berlin und Potsdam und in die „Geschichte de Hahn-Meitner-Instituts 1955-1980“ aufgenommen wurde. [1]

Auch heute kann es bei dem in die Jahre gekommenen Reaktor BER II jederzeit zu einem nicht mehr beherrschbaren Unfall kommen, was sich bei der Größe des Reaktors für die Bevölkerung Berlins und Potsdams verheerend auswirken würde. Und es wird eine Informationspolitik betrieben, die eher darauf hinausläuft, die Bevölkerung zu chloroformieren als zu informieren. Zum Beispiel heißt es gleich

auf der ersten Seite der Ende 2014 veröffentlichten Ausgabe der HZB-„INFORMATIONEN FÜR DIE UMGEBUNG DES FORSCHUNGSREAKTORS“ beschönigend in einem das Wort Atomreaktor vermeidenden Text, die Forschung mit Neutronen sei durch ein ausgeklügeltes System so sicher, „dass alle anzunehmenden Störfälle jederzeit beherrschbar sind.“ Weiter wird behauptet: „Beim Betrieb des Forschungsreaktors BER II entstehen unvermeidbar auch radioaktive Stoffe. Wir haben durch eine Vielzahl von Vorsorgemaßnahmen sichergestellt, dass diese in jeder Betriebsphase des Reaktors sicher eingeschlossen bleiben.“ – Mein durch offizielle Strahlenschutzberichte belegtes Argument, dass der in einem Wohngebiet liegende Forschungsreaktor die Atemluft ähnlich belastet wie große Atomkraftwerke, prallt bei Betreiber und Atomaufsicht ab wie ein Wassertropfen an Öl.

Wissenschaftlicher Ehrgeiz und gute Belohnung gepaart mit Sorglosigkeit und Unbelehrbarkeit lassen die Verantwortung für die umweltgefährdende Forschung und ihre

zum Teil den Weltfrieden gefährdenden Forschungsergebnisse in den Hintergrund treten. Die Vielzahl offizieller meldepflichtiger Ereignisse dürfte nur die Spitze eines Eisbergs sein. Als „technische Ereignisse“ eingestufte Unregelmäßigkeiten fallen unter den Tisch. Symptomatisch für den sorglosen Umgang mit den von der nuklearen Großforschung ausgehenden Gefahren sind zum Beispiel die Ausführungen des damaligen wissenschaftlichen Geschäftsführers Hans H. Stiller in einer für die Mitarbeiter bestimmten Publikation namens „Der Spuk – Chronik der laufenden Ereignisse am Berliner Hahn-Meitner-Institut vom 24. 7. bis 4.12.1990“. Im „Spuk“ setzt sich dieser Wissenschaftler mit der Kritik der damaligen Umweltsenatorin Schreyer auseinander: „... zum Beispiel über sog. Haarrisse, die in einigen Schweißnähten entdeckt worden waren. Solche Haarrisse sind harmlos, aber das Wort klingt bedrohlich.“

Weshalb jetzt der Betrieb illegal ist

Ohne ein nach Paragraph 7 Absatz 1 des Atomgesetzes vorgeschriebenes Genehmi-

* Dipl.-Kam. Dietrich Antelmann, dietrich-antelmann@web.de

gungsverfahren in Gang zu setzen, hat das HZB zwei wesentliche Veränderungen an der Reaktoranlage vorgenommen: Ein neues Bauteil im Reaktorbecken und ein verändertes Design des direkt am heißen Reaktorkern befindlichen konischen Strahlrohrs, das die mit tiefkaltem Wasserstoff gefüllte Kalte Quelle enthält.

Die Einzelheiten: Der Forschungsreaktor war zuletzt vom 29. November 2013 bis zum 18. Februar 2015 wegen Reparaturarbeiten im Reaktorbecken außer Betrieb. Grund war ein bereits im Sommer 2010 festgestellter besorgniserregender Riss an einem Rohr des Kühlsystems, tief unten im Reaktorbecken, unterhalb des Reaktorkerns, welches das vom Reaktorkern erhitzte Wasser abführt. Die Gefahr bestand, dass sich der Riss selbst ins Rohr überträgt. Bei einem Bruch des Rohres wäre der Reaktor nicht mehr ausreichend kühlbar. Nachschweißen ist wegen der Materialversprödung nicht möglich.

In diesem Zusammenhang ist ein Zitat aus dem Inhalt des für das Berliner Abgeordnetenhaus gefertigten Gutachtens des damaligen Chefkonstruktors Dr.-Ing. Karl Thilo Scholz vom 6.3.2012 erhellend: „Eine provisorische Abstützung des Rohres wurde erwogen. Eine solche Stütze wäre als Notreparatur zulässig. Ein Betrieb mit einer solchen Stütze wäre jedoch klar genehmigungspflichtig, denn es handelt sich um ein neues, zusätzliches Bauteil.“ [2] Statt einer provisorischen Abstützung wurde beschlossen, den Riss geheim zu halten; wohl in der trügerischen Hoffnung, dass er sich nicht vergrößert.

Das zweite Problem ist der Betrieb der Kalten Quelle mit dem konischen Strahlrohr. Im Sicherheitsbericht heißt es zum ursprünglich verschweißten Strahlrohr: „Das konische Strahlrohr und die Wände der

damit kommunizierenden Räume widerstehen elastisch einem Innendruck von 30 bar. Die Sicherheitsanforderungen an die Kalte Quelle müssen sich an diesem Grenzwert orientieren.“

Das nicht fachgerechte neue, nunmehr starr verschraubte Strahlrohr ist dem Scholz-Gutachten zufolge nur bei einem Druck von 5 bar getestet worden, und das bei dem kniffligsten und gefahrenträchtigsten Bauteil des Reaktors. Der durch die Untätigkeit von Betreiber und Atomaufsicht begangene eklatante Verstoß gegen das Schutzgebot des Atomgesetzes hat dem – inzwischen geschassten – Chefkonstrukteur Scholz keine Ruhe gelassen, so dass er in der Fernsendung „Kontraste“ am 9. Juni 2011 auf die Sicherheitsdefizite hinwies. Doch die Verantwortlichen wollten die Gefahren immer noch nicht wahrhaben. Die Atomaufsicht hat einen von alarmierten Abgeordneten geforderten ergebnisoffenen Stresstest ins Leere laufen lassen, indem sie mit dem TÜV Rheinland keinen unabhängigen Gutachter bestellte, denn dieser arbeitet regelmäßig und eng mit dem HZB zusammen, und zudem die Vorgabe machte, dass der TÜV davon auszugehen habe, dass sich der Reaktor im betriebsfähigem Zustand befindet und alle als sicherheitstechnisch wichtig identifizierten Verbesserungsmaßnahmen vollständig umgesetzt sowie gegebenenfalls identifizierte Nachweisdefizite behoben seien.

Der TÜV hat sich an diese Vorgaben gehalten und ist in seinem umfangreichen Gutachten mit keinem Wort auf die betrieblichen Defizite eingegangen. [3]

Als die Risse in der Schweißnaht immer schneller wuchsen und sie im November 2013 in der Summe eine Länge von 130 Millimetern erreichten, war es selbst dem TÜV zu viel. Er zog die Reißleine und

befand: „eine positive Aussage“ zum Weiterbetrieb sei nicht länger möglich. Dennoch verging eine weitere Woche, bis das HZB am 29. November 2013 den Reaktor tatsächlich herunterfuhr. [4]

Nach Abschluss der Notreparatur ist der Reaktor am 18.2.2015 heimlich still und leise wieder hochgefahren worden. In der anschließend herausgegebenen Presseerklärung des HZB vom 19.2.2015 heißt es lapidar: „Nach Unterbrechung: Neutronenquelle BER II nimmt Experimentierbetrieb wieder auf“. Und weiter: „Während der Betriebsunterbrechung wurde eine Schweißnaht beseitigt, die als potentielle Schwachstelle bekannt war. Es handelte sich um eine Dichtungsschweißnaht, die sich im Bereich der Trennwand zwischen den beiden Reaktorbeckenhälften befand. In dieser Schweißnaht wurden 2010 Schadstellen entdeckt, die seither sorgfältig beobachtet wurden. Es handelte sich um kein sicherheitsrelevantes Bauteil, trotzdem wurde 2013 beschlossen, die Schweißnaht ersatzlos zu entfernen.“

Kein Wort zu dem, was der taz-Journalist Claudius Prösser am 7.7.2014 nach Akteneinsicht bei der Aufsichtsbehörde in der taz veröffentlichte: „Seit sieben Monaten steht der Reaktor nun still, der französische Reaktorhersteller Areva entwickelt mittlerweile ein Traggerüst, das die Fixierung des Rohrs übernehmen soll.“

Bei dem Gerüst handelt es sich, wie schon gesagt, um ein zusätzliches Bauteil, das ein neues atomrechtliches Verfahren erfordert. So lange das nicht durchgeführt ist, ist der Betrieb der Anlage illegal. – Zudem sind die beiden Beckenhälften jetzt nach dem Entfernen der Schweißnaht nicht mehr vollständig voneinander zu trennen, so dass bei einem Trockenfallen des Kerns ein im Sicherheitsbericht beschriebenes Verbringen des Kerns in die noch in-

takt gebliebene Hälfte nicht mehr sicher gewährleistet ist.

Abgesehen davon ist der nur in einer einfachen Werkhalle untergebrachte Atomreaktor gegen immer wahrscheinlicher werdende Terrorangriffe vollkommen ungeschützt.

Um zu verhindern, dass der in der „Kontraste“-Sendung beschriebene Störfall mit Kernschmelze eintritt, ist zu fordern, dem Helmholtz Zentrum Berlin die Betriebsgenehmigung ebenso zu widerrufen, wie 2008 dem Helmholtz Zentrum München die Erlaubnis entzogen wurde, das seit 1967 betriebene Forschungsbergwerk Asse weiter zu betreiben – nachdem Unregelmäßigkeiten bekannt geworden waren und dem Zentrum vorgeworfen wurde, das Forschungsbergwerk in Wirklichkeit jahrzehntelang illegal als Endlager für Atom Müll missbraucht zu haben.

1. <http://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/91-aktuelles/113-aktualisierung-unsere-wissenssammlung-faq.html> und Burghard Weiss: Großforschung in Berlin. Geschichte des Hahn-Meitner-Instituts 1955-1980. Frankfurt/M., S.324
2. <http://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/downloads/category/5-gutachten-und-andere-dokumente.html?download=1:gutachten-dr-thilo-scholz>
3. Wortprotokoll StadtUm 17/6 vom 7.3.2012
4. Claudius Prösser, taz vom 7.7.2014, „Reaktor ist nicht ganz dicht“.

Ergänzend sei auf die im Internet verlinkten Hintergrundinformationen der deutschen Sektion der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten internationalen Ärzteorganisation IPPNW hingewiesen, die bereits seit langem die Stilllegung des BER II fordert: http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Info/Risiken_des_Berliner_Experimentierreaktors.pdf und http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Tschernobyl/Tschernobyltag_2015.pdf ●